

# Makroökonomie hat nicht versagt

Die makroökonomische Forschung ist besser als ihr Ruf. Entgegen vielen Erwartungen gehört es jedoch nicht zu ihrer Kernkompetenz, punktgenaue, kurzfristige Prognosen zu liefern. **DIRK NIEPELT**

Why did nobody notice it?» soll Queen Elisabeth II mit vorwurfsvollem Unterton gefragt haben, als sie im November 2008 die London School of Economics besuchte. Der Ausbruch der Finanzkrise hatte bei der Queen offenbar Zweifel am Nutzen der Volkswirtschaftslehre geweckt. Unzählige Beobachter teilten die Bedenken, und bis heute ist die Kritik am ökonomischen Mainstream und insbesondere an der Makroökonomie nicht verstummt. Ihren Vertretern wird Versagen vorgeworfen und ein Neubeginn bei der Analyse gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge nahegelegt.

Doch die Makroökonomie ist weder in die Irre gelaufen, noch bedarf sie eines Neubeginns. Ihr Leistungsausweis kann sich durchaus sehen lassen. Dass Kritiker dies anders sehen, beruht in der Regel auf zwei Missverständnissen. Das erste betrifft die Methodik makroökonomischer Forschung und das zweite, damit zusammenhängende, den Unterschied zwischen Forschung und praktischer Wirtschaftspolitik.

Zunächst zur Methodik. Makroökonomische Forschung beruht auf der Entwicklung und Analyse von Modellen und deren empirischer Überprüfung. Forschungsziel ist es, allgemeingültige gesamtwirtschaftliche Beziehungen und Kausalzusammenhänge aufzudecken und damit im weitesten Sinne nutzbar zu machen. Dazu werden Annahmen formuliert und auf deren Basis Schlussfolgerungen abgeleitet.

Gute makroökonomische Modelle erheben nicht den Anspruch, ein möglichst realistisches Bild der Wirklichkeit zu entwerfen. Vielmehr vereinfachen sie die komplexen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge extrem. Wie Fabeln abstrahieren sie überall dort, wo es nicht um den Kern der spezifischen Fragestellung geht. Und aus dem idealtypischen Abbild leiten sie eine Lehre – eine Mär im positiven Sinne – ab, deren Bedeutung über den konkreten Einzelfall hinausgeht.

## Allgemeingültige Schlussfolgerungen

Schon von ihrer Anlage her können gute makroökonomische Modelle den Ansprüchen vieler Kritiker nicht gerecht werden. Ein Modell vernachlässigt diesen oder jenen Aspekt, der hier oder dort relevant gewesen sein könnte? Es ist nicht realistisch, wird der Komplexität der Wirklichkeit nicht gerecht und vereinfacht dramatisch? Durchaus möglich. Doch genauso soll es sein. Ein makroökonomisches Modell soll nicht den Einzelfall detailgetreu abbilden. Es soll allgemeingültige Schlussfolgerungen ableiten, indem es von allem abstrahiert, was für eine spezifische Fragestellung nicht zentral ist.

Neben fehlender Realitätsnähe bescheinigen Kritiker der Makroökonomie auch häufig übertriebenen Formalismus. Damit meinen sie den Einsatz von Mathematik auf einem Niveau, das in der Regel nur wenig über dem der Gymnasialstufe liegt. Doch auch dieser Vorwurf verfängt nicht. Ökonomen formulieren ihre Modelle nicht deshalb anhand von Gleichungssystemen, weil sie glauben, damit im Vergleich mit Naturwissenschaftlern besser bestehen zu können.

Ihre Motivation ist wesentlich profaner: Die Formalisierung zwingt Forscher zu Transparenz, Kohärenz und Stringenz, und damit schafft sie die Voraussetzung für eine sachliche Auseinandersetzung. Ein mathematisch formuliertes Modell ist in sich widerspruchsfrei, seine Annahmen liegen offen, und die Schlussfolgerungen,



«Die Aufgabenteilung zwischen Ökonomen und Wirtschaftspolitikern hat sich bewährt.»

die aus ihm abgeleitet werden, sind logisch mit den Annahmen verknüpft. Rein verbal formulierte Argumente leisten dies in aller Regel nicht.

Es ist daher verstörend, wenn Kritiker weniger formal unterfütterte Analyse und stattdessen mehr beschreibende Forschung fordern. Transparenz, Präzision und Logik sind etwas Positives. Und Abstraktion und Verallgemeinerung bieten für zielgerichtetes, praktisches Handeln wertvollere Grundlagen als die exakte Beschreibung von Einzelfällen.

Das zweite grundlegende Missverständnis betrifft die Beziehung zwischen makroökonomischer Forschung und praktischer Wirtschaftspolitik. Die Aufgaben von wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern oder ihren Stäben unterscheiden sich grundlegend von denjenigen der Forscher. Wissenschaftler denken vorwiegend analytisch; sie reduzieren Argumente auf ihren logischen Kern. Wirtschaftspolitiker hingegen wägen verschiedene, zum Teil konkurrierende Argumente situativ ab und lassen sie in die praktische Entscheidungsfindung einfließen. Makroökonomische Forschung ist abstrakt, Wirtschaftspolitik konkret.

Daraus ergeben sich auch Schlussfolgerungen für die Prognosefähigkeit. Wissenschaftlich arbeitende Makroökonomien tun sich in der Regel schwer damit, die Entwicklung volkswirtschaftlicher Grössen vorherzusagen. Dies ist nicht nur eine Folge der Tatsache, dass jedes Modell stark vereinfacht und verschiedene Modelle nicht konsistent verschmolzen werden können, ohne Transparenz oder Stringenz zu opfern. Sondern es liegt auch daran, dass kurzfristige Veränderungen zentraler Grössen wie Wechselkurse oder Aktienpreise im Licht fundamentaler makroökonomischer Theorien gar nicht vorhergesagt werden können.

Entgegen den Erwartungen der Öffentlichkeit sind kurzfristige Wirtschaftsprognosen daher keine Kernkompetenz von Makroökonomien. Sie betreffen vielmehr den Bereich der Wirtschaftspolitik, denn neben theoretischen ökonomischen Kenntnissen erfordern sie ein gutes Verständnis der konkreten Umstände, Augenmass beim Abwägen der Argumente und nicht zuletzt wohl auch Bauchgefühl. Prognosen sind nie exakt und Vertrauensintervalle sind weitaus aussagekräftiger als Punktprognosen. Im Idealfall dienen Prognosen ohnehin eher dem Entwerfen von Szenarien als der mentalen Festlegung auf einen spezifischen Entwicklungspfad.

## Schelte zielt ins Leere

Was bleibt also von der Kritik an der Makroökonomie und ihren Vertretern? Die Schelte für fehlende Prognosequalität zielt ins Leere. Sie macht ebenso wenig Sinn wie beispielsweise ein Vorwurf an die Schulmedizin, sie habe den Ausbruch einer Seuche nicht vorhergesehen.

Auch die Ablehnung des Einsatzes formaler Hilfsmittel überzeugt keineswegs. In ihren extremsten Ausprägungen kommt sie einer Kritik an den Leitwerten der Aufklärung gleich. Und genereller Widerstand gegen den ökonomischen Ansatz spiegelt nicht selten Unverständnis und persönliche Interessen wider. Denjenigen, die sich mit makroökonomischen Konzepten schwer tun oder die Disziplin ablehnen, weil sie ihr eigenes Fachgebiet durch sie unterwandert sehen, kommen Zweifel an der Brauchbarkeit der Ökonomie natürlich wie gerufen.

Nüchtern betrachtet hat sich die Aufgabenteilung zwischen (Makro-)Ökonomen und Wirtschaftspolitikern auch während und nach der Finanzkrise grundsätzlich bewährt. Die Wissenschaftler jedenfalls hatten ihre Hausaufgaben erledigt. Beim Ausbruch der Krise konnten Wirtschaftspolitiker auf viele relevante Forschungsergebnisse zurückgreifen, etwa zur Rolle des Geldmultiplikators, dem Verhalten von Käufern und Verkäufern auf Märkten mit asymmetrischer Information oder der Fragilität von Banken. Diese Ergebnisse waren meist nicht neu, sondern vielmehr Lehrbuchmaterial.

Wenn man den Beteiligten einen Vorwurf machen kann, dann wohl am ehesten denjenigen Wirtschaftspolitikern, die sich in ihrem Denken und Handeln von einer kleinen Anzahl Modelle leiten und den notwendigen Weitblick vermissen liessen. Wirtschaftspolitiker dürfen nicht dem Trugschluss verfallen, einige wenige Fabeln könnten ihnen dauerhaft als solide Entscheidungsgrundlage dienen. Vielfalt im Denken ist gefordert, gerade in der Vorbereitung auf die nächste Krise. Deshalb hätte die Queen ihre kritische Frage wohl besser an Vertreter der Bank of England oder des Treasury gerichtet.

---

*Dirk Niepelt ist Direktor des Studienzentrums Gerzensee, Stiftung der Schweizerischen Nationalbank, und Professor für Ökonomie an der Universität Bern.*